

Auf den folgenden Seiten soll die abendländische Zinsenkritik eine einführende Vorstellung erhalten. Diese nahm mit dem bekanntem Diktum von Aristoteles, wonach Geld kein Geld gebäre, ihren Anfang und erfuhr durch das Christentum eine Vertiefung und Verbreitung. Schwerpunktmäßig sollen die rechtlichen, ökonomischen und moralischen Aspekte des Zinsverbotes dargelegt werden.

Der Sachverhalt

„Was soll und will das Zinsproblem? *Es soll die Ursachen erforschen und darlegen, welche einen Arm des Güterstromes, der jährlich aus der nationalen Produktion eines Volkes quillt, in die Hände der Kapitalisten leiten.*“ So faßt der österreichische Ökonom Eugen von Böhm-Bawerk seine umfangreiche Analyse des Zinsproblems in „Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien“ zusammen. Seine Ausführungen weisen darauf hin, daß es sich im Kern und „darüber besteht kein Zweifel“, um „ein Problem der Güterverteilung“¹ handelt. Wir bewegen uns somit im Bezirk der Gerechtigkeit. Neben der Klugheit (lat. *prudentia*), der Tapferkeit (lat. *fortitudo*) und Maß und Zucht (lat. *temperantia*) zählt die Gerechtigkeit (lat. *iustitia*) zu den vier Kardinaltugenden. Sie ist der Klugheit – die einzige Verstandestugend unter den vier Kardinaltugenden –, nachgeordnet, weil nur der Kluge, der mithilfe der Vernunft erkannt hat, was ist, den Anspruch der Gerechtigkeit, jedem das Seine („*sum cuique*“) zukommen zu lassen, erfüllen kann. Noch in einem anderen Sinn ist die Gerechtigkeit etwas Zweites; damit überhaupt jedem das Seine zugewiesen werden kann, muß es das Seine sein. Das Recht geht der Gerechtigkeit voraus.

Als einzige der vier Kardinaltugenden vermittelt die Gerechtigkeit zwischen zwei Personen und wird klassischerweise in drei komplementäre Teilgerechtigkeiten aufgeteilt: Erstens in die *iustitia distributiva* (austeilende oder zuteilende Gerechtigkeit), die das Verhältnis vom Ganzen zum Einzelnen regelt; zweitens in die *iustitia commutativa* (ausgleichende Gerechtigkeit oder Tausch- oder Verkehrsgerechtigkeit), die das Verhältnis von zwei Einzelpersonen zueinander zum Gegenstand hat; schließlich die *iustitia legalis* (gesetzliche Gerechtigkeit), die das Verhältnis vom Einzelnen zum Ganzen bestimmt.² Die Zinsproblematik ist vorrangig im Bereich der *iustitia commutativa*³ angesiedelt.

Eine wichtige Bemerkung zur abendländischen Gerechtigkeitsauffassung ist an dieser Stelle anzubringen. In der abendländischen Gerechtigkeitsauffassung reicht die Willensübereinkunft der beiden Vertragsparteien nicht aus, um den Forderungen der Gerechtigkeit vollumfänglich zu genügen.⁴ In der Erörterung des gerechten Lohnes hält Papst Leo XIII. in der 1891 veröffentlichten Enzyklika „*Rerum Novarum* – Über die Arbeiterfrage“ unmißverständlich fest: „Diese schwerwiegende Forderung [der natürlichen

¹ Eugen von Böhm-Bawerk: Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien. Gustav Fischer, Jena, 4. unveränderte Auflage 1921 [1884], S.444.

² Für eine umfassende Darstellung siehe: Josef Pieper: Das Viergespann. Kösel-Verlag, München, 1964. Aristoteles erwähnt nur die *iustitia distributiva* und die *iustitia commutativa*.

³ Die institutionelle Dimension des Zinsproblems fällt unter die *iustitia distributiva*, falls durch die staatlichen Gesetze z.B. infolge der allgemeinen und unbeschränkten Zulassung der Zinsentnahme die gerechte Einkommensverteilung systematisch verletzt wird.

⁴ Im Unterschied etwa zu allen individualistischen Theorien wie dem Libertarianism, dem klassischen Liberalismus, aber auch der ihrer Herkunft nach sozialistisch geprägten Befreiungsideologien der 68er, dem libertin-permissiven „erlaubt ist, was gefällt.“

Gerechtigkeit] ist unabhängig von dem freien Willen der Vereinbarenden.“⁵ Die freiwillige Zustimmung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Erfüllung der Forderungen der Gerechtigkeit. Zu der subjektiven Dimension der Einwilligung aus freien Stücken tritt das objektive Kriterium des Äquivalenzprinzips hinzu. Dieses besagt, daß eine Gleichheit zwischen dem Gegebenen und dem Erhaltenen (lat. *aequalitas dati et accepti*) einzuhalten ist. Keiner der beiden Vertragsparteien soll durch einen Tausch *objektiv* besser oder schlechter gestellt werden. *Subjektiv* erwarten sich beide Tauschpartner durch den Austausch der Güter eine Besserstellung ihrer Situation.

Der Begriff der „natürlichen Gerechtigkeit“ bringt zum Vorschein, daß sich der überwiegende Teil der abendländischen Zinsenkritik auf Einsichten der natürlichen Vernunft stützen und nicht des Rückgriffs auf übernatürliche Offenbarungswahrheiten bedürfen. So führt Thomas von Aquin in „De malo“ (dt. „Vom Übel“) aus, daß das Verleihen von Geld unter Erhebung von Zinsen „nicht deshalb eine Sünde [ist], weil es (von Gott) verboten ist, sondern vielmehr deswegen verboten [ist], weil es schon für sich genommen eine Sünde ist: Es ist nämlich gegen die natürliche Gerechtigkeit.“⁶

Die Darleihe/das mutuum⁷

Das Zinsenproblem hat seinen Ursprung in der Frage, wer in einem Darlehensvertrag dem Tauschpartner welchen Betrag schuldet. Ausgangspunkt für die Darlegung eines wichtigen Stranges der abendländischen Zinsenkritik, die ausschließlich rechtlich argumentiert und daher von den Glaubensüberzeugungen der Menschen unabhängig ist, ist das Rechtsgeschäft der Darleihe (lat. *mutuum*). Gegenstand einer Darleihe sind vertretbare (fungible) Güter, die auch Gattungsgüter genannt werden. Der römische Jurist Gaius charakterisiert ein Gattungsgut wie folgt: „res quae numero pondere menasurave constant“ – „Sachen, die man zählen, abwiegen und messen kann,“ wie etwa Wein, Öl, Weizen und auch Geld (lat. „*pecunia numerata*“). Diese Güter zeichnen sich durch die Unmöglichkeit der Trennung von Gebrauch und Verbrauch aus. Vertretbare Güter werden beim Gebrauch verbraucht; eine Scheibe Brot zu verspeisen, heißt sie zu verbrauchen. Der Darlehensnehmer kann daher nicht *ein- und dasselbe* Gut schulden, sondern nur *das gleiche*, das sogenannte *tantundem eiusdem generis et qualitatis*, kurz *tantundem*, ein Gut in gleicher Art und Güte. Damit ist die Forderung des Gläubigers eine schuldrechtliche Forderung. Der Darlehensnehmer ist ein zur Rückzahlung des *tantundem* verpflichteter Schuldner.

Weil sich Gebrauch und Verbrauch bei vertretbaren Gütern nicht trennen lassen, muß beim Darlehensvertrag das Eigentum und damit die Verfügungsgewalt an der Sache an den Darlehensnehmer übergehen.⁸ Er kann mit dem Gegenstand der Darleihe verfahren wie er

⁵ Rerum Novarum, Nr. 34.

⁶ Thomas v. Aquin: De malo, q.13, art. 4, corpus.

⁷ Für die umfassende und geduldige Unterweisung in den Grundlagen des Römischen Recht ergeht mein aufrichtiger Dank an Ass.-Prof. Dr.Philipp Scheibelreiter, der am „Institut für Römisches Recht und Antike Rechtsgeschichte“ an der Universität Wien lehrt. Etwaige verbliebenen Fehler sind selbstverständlich meine Fehler.

⁸ Der ursprüngliche römische Ausdruck für das Darlehen ist „*aes alienum*“ – „fremdes Geld“.

möchte.⁹ Die sprachlich falsche, aber schon antike juristische Erklärung des Wortes „mutuum“ aus „ex meo tuum fit“ – "Mein wird Dein-Vertrag" weist auf die Eigentumsübertragung bei diesem Rechtsgeschäft hin. Mit dem Eigentumsübertrag geht das *periculum* (dt. Gefahrtragung), d.h. das Risiko des zufälligen Untergangs infolge eines *unabwendbaren* Geschehnis (*vis major*, *force majeure*, höhere Gewalt) oder der zufälligen Verschlechterung des Vertragsgegenstandes an den Darlehensnehmer/Schuldner über, wie der Hl.Thomas in präziser Knappheit festhält: „Wer ausleiht, überträgt den Besitz auf jenen, dem er leiht. Dieser also hat dasselbe unter seiner ganzen Gefahr und Verantwortlichkeit und ist verpflichtet, die Summe ganz und vollständig wiederzuerstatten.“¹⁰ Schlägt der Blitz in einen Silo ein, in dem geliehenes Getreide vor der Verfütterung gelagert wird, ist der Darlehensnehmer als Eigentümer dennoch vollumfänglich wiedererstattungspflichtig. Zufällig ist jedes Widerfarnis, bei der keiner der Vertragsparteien ein Verschulden wie Vorsatz, Fahrlässigkeit oder mangelnde Sorgfalt angelastet werden kann.

Vom *mutuum* zu unterscheiden ist das *commodatum*, die unentgeltliche (Gebrauchs-)Leihe einer unvertretbaren Sache, bei der *ein und dieselbe* Sache retourniert werden muß. Sofern keine anderslautende Vereinbarung vertraglich getroffen worden ist, gestattet diese Form der Leihe dem Leihenden nur den ordnungsgemäßen und substanzschonenden Gebrauch der Sache, z.B. die Anbringung des Gemäldes an der Wand zur Verschönerung des Raumes. Der Verbrauch der Sache, worunter die willentliche Zerstörung oder die Veräußerung des Gemäldes zu verstehen ist, ist dem Leihenden nicht gestattet. Veräußert er die geliehene Sache, begeht er einen Diebstahl (lat. *furtum*).

Gegenstand des *commodatum* ist typischerweise ein Stückgut. Beim *commodatum* wird das Eigentum nicht übertragen, folglich übernimmt der Leihende das *periculum* nicht. Schlägt der Blitz in das Haus des Leihenden ein und zerstört der nachfolgende Brand das Gemälde, so ist der Leihende nicht schadenersatzpflichtig. Denn wie bereits erwähnt, muß der Eigentümer des Gemäldes die Folgen *höherer Gewalt* tragen. Das Diebstahls- und Verlustrisiko liegt hingegen beim Leihenden, der im Schadensfalle schadenersatzpflichtig wird.

Das Gelddarlehen

⁹ Nach christlichem Verständnis ist das unbestrittene Recht auf Privateigentum um die Pflicht zur *ordnungsgemäßen* Verwendung desselben zu ergänzen. Ein Familienvater ist moralisch streng verpflichtet, sein Einkommen zur Ernährung und Erziehung seiner Kinder einzusetzen. Darüber hinaus sind die materiellen Güter auf das wesensgemäße Ziel des Menschen, die Erlangung des ewigen Seelenheiles, hingeordnet. Gott allein als Schöpfer der Erde ist Eigentümer im strikten Sinne. Begründet wird das Recht auf Privateigentum mit der friedens-, wohlstands- und sorgfaltstiftenden Wirkung nach dem Sündenfall. Der Mensch ist bloß treuer Verwalter der ihm anvertrauten Schöpfung. Das Eigentum wird als *Patrimonium* (dt. „das Erbe der Väter“) aufgefaßt. Das römische Recht versteht das Eigentumsrecht dagegen absolut als *Dominium*. Der Eigentümer kann mit seinem Eigentum nach Belieben verfahren, solange er keine Gesetze verletzt. Der mit der Französischen Revolution in Kontinentaleuropa wirkmächtige *Code Napoléon* vertritt ebendiese Eigentumsauffassung: „Das Eigentum ist das unbeschränkte Recht zur Nutzung und Verfügung über die Dinge.“ (Art. 544).

¹⁰ II. 2. q. 78, a. 2. ad 5. Aus der „Summa Theologiae“ des Hl.Thomas wird nicht nach Seiten, sondern wie folgt zitiert: II=Secunda, Zweite Abhandlung; 2.=Secundae, Zweiter Teil; q. 78=quaestio 78, Frage 78; a. 2=articulus 2, Artikel 2; ad 5=zum 5. Punkt. Eine alternative Notation für dieselbe Belegstelle ist: II^a-IIae q. 78, a. 2 ad 5.

Beim Geld fällt der Gebrauch und der Verbrauch der Sache zusammen und es ist daher als fungible Sache zu betrachten. Eine Zahlung zu tätigen und damit das Geld zu gebrauchen bedeutet zugleich seinen Verbrauch. Die vom Käufer übergebenen Münzen gehen in das Eigentum des Verkäufers über, der frei über das erhaltene Geld verfügen darf.

Das Gelddarlehen, gemeinhin als Kredit bezeichnet, stellt somit einen Sonderfall des *mutuum* dar. Die im Kreditvertrag vereinbarte Kreditsumme geht in das Eigentum des Schuldners über, der die erhaltenen Banknoten nach Belieben verwenden darf. Rückerstatten muß der Schuldner dem Gläubiger daher nicht *diesselben* Münzen sondern nur das *tantundem*. Wie bei jedem anderen Darlehensvertrag wird das Äquivalenzprinzip verletzt, wenn der Schuldner mehr als die geschuldete Summe rückerstatten muß. Eine über die Stammsumme hinausgehende Forderung des Gläubigers an den Schuldner begründet den Tatbestand der Zinsentnahme.

Bevor diese Argumentation vertieft wird, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Gläubiger während der vereinbarten Vertragsdauer die üblichen rechtlichen Vorteile eines Darlehensgebers genießt: die Übertragung des *periculum* und des Verlust- und Diebstahlsrisiko auf den Eigentümer. Würde der Kreditgeber sein Geld nicht verleihen und weder konsumtiv noch produktiv einsetzen, so bliebe ihm alternativ zur Darleihe entweder die Bargeldhaltung, bei der er das *periculum* und das Verlust- und Diebstahlsrisiko zu tragen hätte, oder die Verwahrung des Geldes bei einer Geschäftsbank, bei der zwar das Verlust- und Diebstahlsrisiko an die Bank gegen Zahlung einer Gebühr übertragen wird, das *periculum* verbleibt jedoch beim Kunden.

Für die Übergabe dieser beiden Risiken in einem Darlehensvertrag an den Schuldner, erhält der Gläubiger eine *sichere* Forderung über die übergebene Sache. *Sicher* bedeutet in diesem Zusammenhang, daß der Schuldner die gesamte Stammsumme schuldet unabhängig von der Verwendung des Darlehens: sei es zu Konsumzwecken, die niemals einen Gewinn abwerfen oder zu Produktivzwecken unabhängig vom finanziellen Erfolg oder Mißerfolg der wirtschaftlichen Unternehmung.¹¹

Der Verwahrungsvertrag/das depositum

Zur deutlichen Herausarbeitung des Charakters eines Darlehensvertrages sollen zwei weitere Rechtsgeschäfte vorgestellt werden: der Verwahrungsvertrag (lat. *depositum*) und der Miet-/bzw. Pachtvertrag (lat. *locatio conductio*¹²). Beim Verwahrungsvertrag hinterlegt der Hinterleger beim Verwahrer eine Sache. Der Verwahrer darf die hinterlegte Sache weder ge- noch verbrauchen, denn der Hinterleger hat das Recht, die hinterlegte Sache jederzeit wieder zurückzufordern. Daher ist der Verwahrer nicht Eigentümer der hinterlegten Sache. Der Verwahrer ist auch nicht Eigenbesitzer, weil ihm der Wille fehlt, die Sache für sich haben zu wollen, sondern bloß Fremdbesitzer, der den Besitzwillen für eine andere Person ausübt. Ge- oder verbraucht der Verwahrer die hinterlegte Sache dennoch, begeht er wie der verbrauchende Leihende einen Diebstahl. Bei einer

¹¹ Im römischen Recht haftete der Schuldner mit seinem Leib für die Einbringung der Schulden.

¹² Die *Locatio* ist die Vermietung/Verpachtung, die *Conductio* die Anmietung/Pachtung. Das römische Recht kennt vier Typen: l.c. operis (=werkvertrag), l.c. operarum (= Dienstvertrag), l.c. rei (=Miete und Pacht).

unentgeltlichen Verwahrung beispielsweise unter Freunden haftet der Verwahrer nur bei Vorsatz und falls er das Verwahrgut weniger sorgfältig verwahrt als seine eigenen Sachen. Denn es wird davon ausgegangen, daß sich der Hinterleger und der Verwahrer persönlich kennen und der Verwahrer weiß, wie sorgfältig der Hinterleger mit seinem eigenen Eigentum umgeht. Einen höheren Sorgfaltsgrad darf der Hinterleger nicht erwarten. Anders verhält es sich bei einer entgeltlichen Hinterlegung, weil in diesem Fall der Hinterleger einen persönlichen Nutzen aus der Annahme des Verwahrungsgutes zieht. Ein typisches Beispiel wären die Gepäckaufbewahrung am Bahnhof oder die Garderobe im Theater.

Das letzte zu behandelnde Rechtsgeschäft ist der Miet- bzw. Pachtvertrag (lat. *locatio* bzw. *conductio*), die entgeltliche Überlassung einer unvertretbaren und dauerbaren Sache, bei der Gebrauch und Verbrauch trennbar sind. Eine Wohnung kann z.B. gegen die Bezahlung des Mitzinses (Zins im Singular!) gemietet werden und darf dann vom Mieter, der wiederum nicht Eigentümer der gemieteten Wohnung wird, ordnungsgemäß verwendet werden. Beim Pachtvertrag ist zudem die substanzschonende wirtschaftliche Nutzung – die Fruchtziehung – erlaubt, häufig sogar gefordert. Ein Gebrauch wie die Änderungen der Bausubstanz oder die Zerstörung der Wohnung ist dem Mieter nicht gestattet. Das Eigentum geht wie beim *commodatum* und wie beim *depositum* nicht an den Mieter/Pächter über, folglich trägt dieser nicht das *periculum*.

Die monetäre Risikoabstufung

Nach dieser einführenden Darstellung grundlegender Vertragstypen wollen wir auf dieser Grundlage die verschiedenen Arten der Geldhaltung analysieren und eine Risikoabstufung der Geldhaltung und Geldverwendung vornehmen. Neu erhaltenes Geld kann der Besitzer auf fünf verschiedene Weisen einsetzen: 1.) für Konsumgüter ausgeben oder spenden, 2.) der Bargeldhaltung zuführen, 3.) als Sichtguthaben oder in einem Bankschließfach verwahren, 4.) als Darlehen einem Schuldner oder der Bank in Form einer Spar- oder Termineinlage vergeben, 5.) investieren.

Nur im ersten Fall reduziert sich das Geldvermögen dauerhaft. Der im Kaufvertrag vereinbarte Geldbetrag geht unwiderruflich an den Verkäufer über. Im Fall 2 und 3 bleibt die Geldhaltung konstant und wir sprechen vom hortenden oder einfachen Sparen. Im Fall 4 wird das Bargeld bzw. das Sichtguthaben als *täglich fällige* und *sichere* Forderung für einen bestimmte Zeitspanne gegen eine *künftig fällige* und *sichere* Forderung getauscht, d.h. es ändert sich die Liquidität des Geldvermögens. Der Darlehensnehmer hält kein Geld bzw. keine Forderung auf *heutiges* Geld mehr in seinen Händen, das er jederzeit gegen Waren eintauschen kann, sondern eine *sichere* Forderung auf *künftiges* Geld. Im Fall 5 wird das Bargeld bzw. das Sichtguthaben in eine *künftig fällige* und *unsichere* Forderung – das investive oder kapitalistische Sparen – umgewandelt.

Mit dem Geldausgeben (Fall 1) löst sich jedes mit der Eigentümerschaft verbundene Risiko wie das Diebstahls- und Verlustrisiko, sowie die Gefahrtragung auf. Für die Hingabe des vereinbarten Kaufpreises erhält der Käufer das gewünschte Konsumgut. Führt er den erhaltenen Geldbetrag der Bargeldhaltung (Fall 2) zu, trägt der als Eigentümer das Verlust- und Diebstahlsrisiko, sowie das *periculum*. Bei der entgeltlichen Verwahrung (Fall 3) geht

das Verlust- und Diebstahlsrisiko auf den Verwahrer über. Die Verwahrung ist illiquider als die Bargeldhaltung, weil das Geld nur während der Öffnungszeiten der Bank abgehoben werden kann. Die flächendeckende Versorgung mit Bankomaten sowie das E-Banking haben das Liquiditätsrisiko der Verwahrung bei Geschäftsbanken jedoch merklich reduziert. Illiquider als ein Giro- oder Kontokorrentkonto ist die Verwahrung in einem Bankschließfach.

Bei einem Darlehen (Fall 4) gehen mit alle mit der Eigentümerschaft verbundenen Risiken an den Darlehensnehmer über. Der Darlehensgeber verzichtet temporär auf Kaufkraft und ist daher mit einem höheren Liquiditätsrisiko als der Hinterleger konfrontiert. Der Hinterleger hat einen jederzeit einlösbaren Anspruch auf die Auszahlung seines eigenen Geldes. Der Darlehensgeber muß entweder auf den vereinbarten Rückzahlungstermin warten oder einen Abnehmer für seiner Forderung finden. Aufgrund der relativ einfachen Abtretbarkeit von Forderungen aus einem Darlehen, ist das Liquiditätsrisiko für den Darlehensgeber jedoch überschaubar. Alternativ könnte er selber ein Überbrückungsdarlehen aufnehmen.

Deutlich höher ist das Liquiditätsrisiko des Investors (Fall 5). Denn selbst wenn die Unternehmensanteile rechtlich einfach zu übertragen sind, ist nicht gewiß, welchen Betrag der Verkäufer von Unternehmensanteilen lukrieren wird. Der Kaufpreis kann über, aber eben auch unterhalb der ursprünglichen Investitionssumme liegen und in relativ kurzer Zeit deutlichen Schwankungen unterworfen sein. Die Höhe der Forderung an das Unternehmen ist *unsicher*.

Auf Grundlage dieser einführenden rechtlichen Erörterungen ist die von Guido Hülsmann in „A Theory of Interest“ dargelegte Begründung für die grundsätzliche Entgeltlichkeit von Darlehen im Form des Geldzinses somit nicht stichhaltig: „Creditors usually require the payment of money interest because otherwise they could just as well keep their money and not expose themselves to the risks of having other people control their property.“¹³ Ähnlich leitet der von Eugen von Böhm-Bawerk verfaßte Artikel „Zins“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften ein: „Zins heisst überhaupt die Vergütung, welche der Eigentümer eines Gutes für dessen zeitweilige Benutzung empfängt.“¹⁴ Wie wir allerdings gesehen haben, geht das Eigentum beim Darlehensvertrag an den Schuldner über. Der Gläubiger hält die garantierte und nach Ablauf der vertraglich vereinbarten Laufzeit unverkürzt einklagbare Forderung auf die Stammsumme in seinen Händen und muß für diesen Zeitraum nicht mehr das Risiko für den zufälligen Untergang der Geldsumme tragen. Der Gläubiger setzt sich dementsprechend nicht einem Risiko der Fremdkontrolle eigenen Eigentums durch Dritte aus, weil er nicht mehr Eigentümer der dargeliehenen Sache ist, sondern nur eine schuldrechtliche Forderung auf das *tantundem* in seinen Händen hält. Der Gläubiger vertraut darauf, daß der Schuldner zum vereinbarten Termin rückzahlungswillig und rückzahlungsfähig ist.

¹³ Guido Hülsmann: „A Theory of Interest“. *QJAE*. Vol. 5, No. 4 (Winter 2002): 77–110. S. 99, Fn 21.

¹⁴ Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 1889. Eintrag „Zins“ von Eugen von Böhm-Bawerk.

Der Begriff Kredit leitet sich von lat. *credere* – glauben – ab. „Zu glauben“ bedeutet zunächst einmal, „etwas auf Zeugnis eines Dritten für wahr halten.“¹⁵ Der Gläubiger hält die Aussage des Schuldners für wahr, daß dieser die Stammsumme fristgerecht zurückzahlen wird. Wissen kann es der Gläubiger nicht, da der Zeitpunkt der Rückzahlung in der Zukunft liegt und damit zum Zeitpunkt der Kreditvereinbarung für alle Beteiligten nicht direkt einsichtig ist. Zudem bleibt der Gläubiger über die tatsächlichen Absichten des Schuldners im Letzten im Dunkeln. Zwecks Absicherung kann der Gläubiger – vor allem bei Kreditverträgen mit persönlich nicht näher Bekannten – die Bereitstellung von Sicherheiten verlangen, die der Schuldner zur Untermauerung seiner Glaubwürdigkeit zur Verfügung stellt.

Das Zinsenverbot näher betrachtet

Nach diesen einführenden Bemerkungen zu einigen für das Verständnis der abendländischen Zinsenkritik unumgänglichen Rechtsgeschäften, wenden wir uns nunmehr dem Phänomen der Geldzinsen (im Plural!) zu. Eine prägnante Zusammenfassung des Tatbestandes der Geldzinsen, des Gewinns aus dem Darlehensvertrag (lat. *lucrum ex mutuo*) findet sich in der 1745 von Papst Benedikt XIV. verfaßten Enzyklika „*Vix Pervenit*“ („Über den Wucher und andere ungerechte Gewinne“):

„Die Sünde, die usura (Zinsnehmen, Wucher) heißt und im Darlehensvertrag ihren eigentlichen Sitz und Ursprung hat, beruht darin, daß jemand aus dem Darlehen selbst für sich mehr zurückverlangt, als der andere von ihm empfangen hat und zu diesem Zweck aufgrund des Darlehens selbst irgendeinen Gewinn über die Stammsumme hinaus als geschuldet beansprucht. Denn der Darlehensvertrag verlangt seiner Natur nach lediglich die Rückgabe der Summe, die ausgeliehen wurde. Jeder Gewinn, der die geliehene Summe übersteigt, ist deshalb unerlaubt und wucherisch.“

Dieses rechtstheoretische Argument fußt auf den oben vorgenommenen Unterscheidungen. Ein Darlehensvertrag ist seinem Wesen nach – „per se“ – unentgeltlich. Falls der Gläubiger einen Zins *vi mutui* (kraft eines Darlehens) fordert, so würde der Kreditgeber ein und dieselbe Sache zweimal veräußern: den Gebrauch *und* den Verbrauch des Geldes. Daher ist, in der Formulierung des Hl. Thomas von Aquin, der diesen Argumentationsstrang in aller Tiefe entfaltet hat:

„Zins für geliehenes Geld nehmen [...] an sich ungerecht, weil etwas verkauft wird, was nicht besteht. [...] Nach der gleichen Überlegung begeht eine Ungerechtigkeit, wer Wein oder Getreide herleiht und dafür eine doppelte Vergütung verlangt, auf der einen Seite die Wiedererstattung der gleichen Sache, auf der anderen aber einen Preis für den Gebrauch, den man Zins nennt.“¹⁶

¹⁵ Josef Pieper: lieben, hoffen, glauben. Sonderausgabe (Zusammenfassung von: Über die Liebe, 1971; Über die Hoffnung, 1935; Über den Glauben, 1962.), Kösel-Verlag, 1986. S. 274f.

¹⁶ II. 2. q. 78, a.1. corpus (Textkörper). Als Einführung in das ökonomische Denken des Hl. Thomas siehe: Edmund Schreiber: Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas v. Aquin. Gustav Fischer, Jena, 1913.

Die lateinische Bezeichnung für diesen ungerechtfertigten Aufschlag *usura* (von lat. „usus“=Gebrauch, Verwendung, Nutzung)¹⁷ zeigt das Wesen der Beanstandung mit sprachlicher Präzision an. Es sei in Erinnerung gerufen, daß bei Geld wie bei allen anderen Gattungsgütern Ge- und Verbrauch nicht voneinander getrennt werden können. Die erste und den Forderungen der Gerechtigkeit entsprechende Vergütung erhält der Darlehensgeber durch die unverkürzte Erstattung des *tantundem*. Würde der Gläubiger darüber hinaus noch eine Entschädigung fordern, würde er nebst dem Verbrauch noch den Gebrauch in Rechnung stellen. Diese Forderung steht jedoch im Widerspruch zur Gerechtigkeit. Der Zinsnehmer begeht somit einen Diebstahl, weil er sich das Eigentum des Darlehensnehmer ohne entsprechende Gegenleistung in Bereicherungsabsicht aneignet. Selbst bei der möglichen Trennung von Gebrauch und Verbrauch bei dauerbaren Gütern darf der Eigentümer nach erfolgtem Verkauf die nicht mehr in seinem Eigentum stehende Wohnung vermieten. Und falls er sie vermietet, darf er sie nicht verkaufen bzw. nur, wenn er davor den Mietvertrag kündigt.

Nicht minder deutlich klingt die Wucherformel von Papst Leo X. (1513-1521): „Das ist der eigentliche Sinn vom Wucher, daß man aus dem Gebrauch einer nicht fruchtbringenden Sache ... Frucht zu erzielen bemüht ist.“ Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß ausgerechnet einer der Medici-Päpste diese Worte in den Mund genommen hat. In ihnen klingt ein Argument durch, das erstmals Aristoteles in seiner *Politik* (1258a) – ein *locus classicus* der abendländische Zinsendebatte – festgehalten hat:

„... so ist vollends mit dem größten Recht Zinsdarlehen und Wuchergeschäft verhaßt, weil dieses unmittelbar aus dem Geld selber den Erwerb zieht und nicht aus dem, wofür das Geld doch allein erfunden ist. Denn nur zur Erleichterung des Tausches kam es auf, der Zins aber vermehrt es selber. Daher denn auch der griechische Name für Zins [TOKOS] so viel als Junges bedeutet, denn das Junge pflegt seinen Erzeugern ähnlich zu sein, und so ist auch der Zins wieder Geld vom Gelde. Und diese Art von Erwerbskunst ist denn hiernach die widernatürlichste¹⁸ von allen.“¹⁹

Der Gedanke von Aristoteles ist nicht so naiv wie es auf den ersten Blick scheint, obschon Jeremy Bentham in „Defence of Usury“ nur Hohn und Spott für Aristoteles übrig hatte:

¹⁷ „Das Wort *usura* (Zins) kommt nämlich von *usus* (Gebrauch), weil für den Gebrauch von Geld Lohn entgegengenommen wird, als ob der Gebrauch des verliehenen Geldes selbst verkauft würde.“ (Thomas von Aquin: *De Malo*, q. 13, art. 4, corpus. Eine andere Deutung leitet *usura* von „*rapens usum*“ her, wohl in der Bedeutung von „raubendem Gebrauch“. In: Odd Langholm: *Economics in the Medieval Schools*. E.J.Brill. Leiden/New York/Köln, 1992, S.94.

¹⁸ Wider die Natur sein bedeutet in der metaphysischen Auffassung des Abendlandes, nicht jenem Bestimmungszweck zu entsprechen, der einer Sache wesenhaft (griech. *fysis* = lat. *natura* = dt. Wesen) innewohnt. Geld ist zur Erleichterung der Tauschhandlungen eingeführt worden. Darin liegt seine Funktion.

¹⁹ Der Bruch zur neuzeitlichen Auffassung zum Geld und den Zinsen wird bei dem Puritaner Benjamin Franklin besonders deutlich, der in einer Art Manifest des neuzeitlichen Wirtschaftens einem jungen Händler folgendes mitgibt: „Bedenke, daß Geld von einer *zeugungskräftigen und fruchtbaren Natur* ist. Geld kann Geld erzeugen und die Sprößlinge können noch mehr erzeugen und so fort. Fünf Schillinge umgeschlagen sind sechs, wieder umgetrieben sieben Schilling drei Pence und so fort bis es hundert Pfund Sterling sind. Je mehr davon vorhanden ist, desto mehr erzeugt das Geld beim Umschlag, so daß der Nutzen schneller und immer schneller steigt. Wer ein Mutterschwein tötet, vernichtet dessen ganze Nachkommenschaft bis ins tausendste Glied. Wer ein Fünfschillingstück umbringt, *mordet* (!) alles, was damit hätte produziert werden können: ganze Kolonnen von Pfunden Sterling. (Benjamin Franklin: *Advice to a Young Tradesman* (1748). Zitiert in: Max Weber: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. C.H.Beck, 2006 [2004], S. 75)

„So wie es das Schicksal wollte, war dieser große Philosoph, mit aller seiner Industrie und allem seinem Scharfsinn, ungeachtet der großen Anzahl von Geldstücken, die durch seine Hände gegangen waren, (mehr vielleicht, als je durch die Hände eines Philosophen vorher oder seitdem gingen) und ungeachtet der allgemeinen Mühe, die er auf die Materie von der Erzeugung gewandt hatte, nie im Stande gewesen, an irgend einem Geldstücke, Organe zur Erzeugung anderer solcher Geldstücke zu entdecken. Kühn durch einen so starken negativen Beweis, wagt' er es endlich, der Welt das Resultat seiner Bemerkungen mitzuthemen, in der Form eines universellen Satzes, nemlich: Alles Geld ist seiner Natur nach unfruchtbar. [63, 64: „Vertheidigung des Wuchers, worin die Unzuträglichkeit der gegenwärtigen gesetzlichen Einschränkungen der Bedingungen beim Geldverkehre bewiesen wird.“ Übersetzung von Johann August Eberhard, 1788]

In der abendländischen Tradition gilt Geld dagegen als steril (lat. *sterilis*=unfruchtbar, ertragslos) – „*pecunia pecuniam non parit*“ („Geld gebiert kein Geld“).²⁰ Geld ist Tauschmittel und dazu geschaffen, Tauschtransaktionen zu erleichtern. Daher ist es sicherlich eine einengende, wenn gar nicht (bewußt?) verzerrende Darstellung, das Sterilitätsargument nur biologisch zu deuten. Doch selbst die biologische Betrachtung gibt Aristoteles im Kern recht. Im Unterschied zu Pflanzen und Lebewesen bringt Geld an sich („*per se*“) tatsächlich keinen Nachwuchs hervor. Wer Geld im Boden vergräbt, wird vergebens auf das Austreiben eines Geldbaumes warten. Wer hingegen einen Samen sät, wird nach einiger Zeit Äpfel vom Baum pflücken können.

Während Geld „*per se*“ unfruchtbar ist, kann es „*per accidens*“ (dt. „Unwesentliches“), d.h. durch das Hinzutreten bestimmter Umstände durchaus einen legitimen Mehrertrag hervorbringen. Eine dieser akzidentiellen Situationen ist ökonomisch gesprochen die investive Verwendung des Geldes, also der Ankauf oder die Anmietung von Produktionsfaktoren zu Produktionszwecken und dem anschließenden gewinnbringenden Verkauf der produzierten Waren. Diese Form des Aufschlages – der Unternehmensgewinn – war grundsätzlich statthaft. Etwas irreführend ist der Unternehmensgewinn mitunter als Zins *vi societatis* (dt. kraft einer Unternehmensbeteiligung) bezeichnet worden. Dem (Mit-)Eigentümer eines Unternehmers steht anteilmäßig der monetären Überschuß als Entlohnung für die Übernahme des Geschäftsrisikos und für die Mitwirkung an der Unternehmensführung zu. In den Worten des Aquinaten:

„Wer Geld darleiht, überträgt das Herrsein über das Geld auf den, dem er leiht. Wenn daher das Geld geliehen wird, der hat es auf seine Gefahr und ist gehalten, vollständig zurückzuerstatten. Deswegen darf der Darleiher keine höhere Forderung stellen. Wer aber dem Kaufmann oder dem Handwerker sein Geld anvertraut und sonach mit diesem eine gewisse Gesellschaft bildet, der behält den Besitz seines Geldes, so daß auf seine Gefahr mit ihm der Kaufmann Handel treibt oder der Handwerker arbeitet. Somit kann er erlaubterweise einen Teil des daraus kommenden Gewinns abfordern, sozusagen den von

²⁰ So auch Murray Rothbard: „Money, *per se*, cannot be consumed and cannot be used directly as a producers' good in the productive process. Money *per se* is therefore unproductive; it is dead stock and produces nothing.“ (Los Angeles: Nash Publishing, 1970) p. 670.

seinem Ding.“²¹

Der (Mit-)Eigentümer hat gegen das Unternehmen eine *unsichere* Forderung, die von dem im Vorhinein nicht abschätzbaren Unternehmensgewinn abhängt. Im schlimmsten Fall kann sich die Forderung an das Unternehmen sogar in eine Forderung an den (Mit-)Eigentümer wandeln, falls im Konkursfalle die Verbindlichkeiten des Unternehmens das Eigenkapital übersteigen. Die heute übliche unbeschränkte Haftung bei GmbH und Aktiengesellschaften war der Antike und dem Mittelalter unbekannt. Jeder Mensch mußte für seine willentlich und wissentlich gesetzten Handlungen vollumfänglich einstehen.²²

Wie bereits dargelegt besteht die Forderung des Darlehensgebers an den Darlehensnehmer hingegen unabhängig vom Geschäftserfolg. Es handelt sich um eine *sichere* Forderung. Dies bestätigt Böhm-Bawerk in den einleitenden Paragraphen seiner „Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien“, wenn er festhält: „Es [Das Zinseinkommen] entsteht unabhängig von irgendeiner persönlichen Tätigkeit des Kapitalisten; es fließt ihm zu, auch wenn er keine Hand zu seiner Entstehung gerührt hat,...“²³ Ein Einkommen ohne Gegenleistung hat die abendländische Auffassung immer als unmoralisch abgelehnt. Sie gründet in der Einsicht, daß eine über die Stammsumme hinausgehende Forderung des Gläubigers der ungleichen Risikoaufteilung nicht gerecht wird. Der Kreditgeber möchte mit seiner Zinsenforderung an den Erträgen der Arbeit anderer partizipieren, ohne im Verlustfalle Abstriche an seiner Forderung erleiden zu müssen. Und sollte das Unternehmen bankrott gehen, wäre bei der Liquidation des insolventen Unternehmens das als Fremdkapital verbuchte Darlehen dem Eigenkapital gegenüber bevorzugt.

In seiner Ablehnung des Geldzinses bezieht sich der Spätscholastiker Luis Molina (1535-1600) auf den alten Rechtsgrundsatz „Res fructificat domino“ („Wer den Garten weggeben hat, kann aus ihm kein Gras mehr holen.“ wörtl.: „Die Früchte einer Sache gehören dem Eigentümer“):

„Wer aber für ein Darlehen Zins verlangt, erwartet mehr, als die Sache wert ist. Also verstößt ein Darlehenszins gegen die austauschende

anderen verlangt werden. Nicht so beim Gesellschaftsvertrag, wo die Sache im Eigentum des Gesellschafters bleibt, der sie zur Verfügung stellt,“²⁴

Die Zinsentnahme ist deswegen unmoralisch und ungerecht, weil sie ein arbeits- und risikoloses Einkommen darstellt und es versteht sich von selbst, daß die Zinseszinsen als zusätzliche Zinsentnahme auf die bereits angehäuften Zinsen ebenso unmoralisch und ungerecht sind. Weil im Bezirk der Tauschgerechtigkeit die Gleichheit des Gegebenen und des Erhaltenen gewahrt bleiben muß, erhöht das arbeits- und risikolose Einkommen den Einkommensanteil des Zinsentnehmers auf Kosten des Zinsenzahlers. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach Zinsen als ein Ausdruck der Habgier zu werten, die sich in der Geldwirtschaft allen voran in der maßlosen Nachfrage nach Geld manifestiert. Die Habgier ist das ungezügelte, d.h. die alle moralische und rechtlichen Beschränkungen überschreitende Begehren nach materiellem Besitz. Die Habgier nimmt ihren Ausgang in der Verletzung der Kardinaltugend der Mäßigung und in weiterer Folge verletzt das ungeordnete Haben und Noch-mehr-haben-Wollen die Tugend der Gerechtigkeit.

Besonders scharf kritisiert die Tradition die Zinsentnahme bei Konsumtividarlehen (heute: Konsumkredite), speziell wenn sich der Darlehensnehmer aus einer Notsituation heraus verschulden muß.²⁵ Speziell bei verzinsten Konsumtividarlehen wird deutlich, warum die Erlaubtheit der Zinsentnahme die Vermögensschere zwischen den Armen und Reichen vergrößert. Der zinsspflichtige Darlehensnehmer muß den über die Stammsumme hinausgehenden Zinsenanteil von seinem zukünftigen Einkommen an den Darlehensgeber retournieren, obschon er aufgrund seiner beschränkten finanziellen Mittel die Kreditsumme nicht hat investiv einsetzen können.²⁶ Zum Rückzahlungszeitpunkt muß der Darlehensnehmer notwendigerweise sein Konsumniveau um die rückzuerstattende Summe reduzieren. Da er die geliehene Summe nicht investiv verwenden konnte, ist es sehr wahrscheinlich, daß der Darlehensnehmer nur unter größten Mühen, wenn überhaupt, die geliehene Summe rückerstatten kann. Es ist äußerst einsichtig, daß mit dem Anfallen zusätzlicher Kosten wie den Zinsen die Rückzahlung deutlich erschwert wird.²⁷

Das Ausmaß der Vermögensumverteilung soll folgendes Beispiel darlegen. Nehmen wir an, eine Immobilie wird zur Eigennutzung ausschließlich fremdfinanziert. Bei einem nominellen Zinssatz von 6%, einer Kreditsumme von €100.000,- und einer Laufzeit von

²⁴ Zitiert in: Wilhelm Weber: Wirtschaftsethik am Vorabend des Liberalismus. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster Westfalen, 1959, S. 147.

²⁵ Die unter Libertarians weit verbreitete Position, wonach der Kreditnehmer über den Erhalt eines verzinsten Kredites froh sein sollte, denn andernfalls würde er verhungern, ist an Zynismus schwer zu überbieten. Zumal sie denotwendig in die Schuldknechtschaft führen muß, allen voran in Zeiten, in denen systembedingt die Verfügbarkeit an Krediten exzessiv ausgeweitet wird wie im derzeitigen Teilreservebankensystem oder in denen Menschen nicht einmal das Nötigste zum Überleben besitzen.

²⁶ Dies darf selbstverständlich nicht als Freibrief zur hemmungslosen Verschuldung zu Konsumzwecken verstanden werden, die heute häufig zu beobachten ist. Das Problem liegt heutzutage in der allgemein verbreiteten Maßlosigkeit auf *beiden* Seiten, d.h. auf Seiten des Kreditgebers wie auch des Kreditnehmers.

²⁷ Aus einer Notsituation noch Profit zu ziehen, ist moralisch äußerst verwerflich. In derartigen Situationen ist der Christ daher gemäß den Forderungen der Caritas verpflichtet, jedenfalls ein zinsloses Darlehen zu gewähren, wenn nicht überhaupt auf jede Rückerstattung zu verzichten und dem Notdürftigen ein Almosen zu geben. Hiezu insbesondere Lk 6, 34-35: Und wenn ihr leihet, von denen ihr hoffet zu nehmen, was für Dank habt ihr davon? Denn die Sünder leihen den Sündern auch, auf daß sie Gleiches wiedernehmen. Vielmehr liebet eure Feinde; tut wohl und leihet, daß ihr nichts dafür hoffet, so wird euer Lohn groß sein, und ihr werdet Kinder des Allerhöchsten sein.“

20 Jahren beläuft sich die Rückzahlungssumme samt Zinsen und Zinseszinsen auf knapp über €300.000,- das Dreifache der ursprünglich aufgenommenen Summe.²⁸

Doch selbst bei einer produktiven Verwendung des Kreditbetrages droht die Vermögensschere aufzugehen. Für den zinspflichtigen Kreditnehmer reduziert sich die Rendite seiner Unternehmung um den vereinbarten Zinssatz. Bei einem hohen Fremdkapitalanteil, einem hohen Zinssatz oder einer niedrigen Rendite vor Zinsenzahlung ist es durchaus möglich, daß der Kreditgeber aus der Unternehmung einen höheren Ertrag lukriert als der Unternehmer *ohne* das Geschäftsrisiko zu tragen oder einen Beitrag Geschäftsführung geleistet zu haben. Es ist sogar denkbar, daß ein Unternehmer, der mit der eingefahrenen Rendite sein Auslangen finden könnte, durch die Zinsenzahlung einen Verlust verzeichnet.²⁹

Nun könnte man argumentieren, daß der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer durch die Gewährung eines Darlehens überhaupt erst eine Geschäftsmöglichkeit eröffnet und er deswegen ein Recht auf Vergütung hätte. Thomas von Aquin entgegnet:

„Ist dagegen einem mit dem Ding des anderen, das er bekommen hat, viel geholfen, der Verkäufer aber nicht geschädigt, wenn er ohne dies Ding ist, so darf dieser es sich nicht überzahlen lassen. Denn die Nützlichkeit, die dem anderen zuwächst, entstammt nicht dem Verkäufer, sondern der Lage des Käufers. Keiner aber darf dem anderen verkaufen, was nicht sein ist, mag er ihm auch den Schaden verkaufen können, den er leidet. Wem freilich mit dem vom anderen erhaltenen Ding viel geholfen wird, der kann aus eigenen freien Stücken dem Verkäufer etwas mehr zahlen: das liegt bei seiner Ehrenhaftigkeit.“³⁰

Erneut begegnet uns die tiefe Abscheu vor dem arbeits- und risikolosen Einkommen. Der Verkäufer darf den Verkaufspreis nicht anheben, wenn dem Käufer die gekaufte Ware einen großen Nutzen stiftet oder der Käufer sie in eine äußerst gewinnbringende Unternehmung investiert. Der Verkäufer würde von etwas profitieren, wozu er keinen Beitrag geleistet hat, nämlich von der Geschäftsidee des Käufers oder seiner großen Begierde nach dem Kaufobjekt. Anders verhält es sich, wenn der Verkäufer einen direkt zurechenbaren Schaden erleidet. In diesem Fall darf er eine angemessene Entschädigung in Form eines höheren Verkaufspreises verlangen.³¹

²⁸ Hiebei handelt es sich um nominelle Werte, die eine mögliche signifikante Geldentwertung nicht berücksichtigen. Inwiefern die Entwertung des Geldes einen legitimen Anspruch auf Entschädigung für den Kreditgeber darstellt, hängt maßgeblich von der geldtheoretischen Position ab. Schuldet der Schuldner den nominellen Geldbetrag oder die Kaufkraft zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kreditvertrages. Jedenfalls würde es sich bei einer Teuerungs- oder Inflationsprämie um einen extrinsischen Titel handeln.

²⁹ Die Bereitstellung von Zirkulationskrediten verzerrt zudem noch die Produktionsstruktur und löst den Konjunkturzyklus aus. Diese Verwerfungen erhöhen die Kosten für die betroffenen Unternehmer zusätzlich. Siehe dazu die Konjunkturtheorie der „Wiener Schule der Ökonomie“, insbesondere die Arbeiten von Ludwig von Mises, Friedrich A. von Hayek, Murray N. Rothbard und Guido Hülsmann.

³⁰ II. 2. q. 77, art. 1, corpus.

³¹ Die scholastische Werttheorie ist keinesfalls der objektiven Werttheorie der Klassiker (Smith, Ricardo, Marx) zuzuordnen und ebenso wenig der radikal subjektivistischen Auffassung z.B. der Wiener Schule. Für die Scholastik ist der Wertungsprozeß zweistufig. Am Anfang steht das vom Subjekt ausgehende Bedürfnis, das sich seinerseits an den Standespflichten zu orientieren hat. Wenn innerhalb dieses Rahmens die Wahl auf ein Ding gefallen ist, dann gelten im Tausch die strengen objektiven Vorgaben der Gerechtigkeit, die wiederum nicht übertrieben rigoristisch verstanden werden dürfen. Das Konzept des gerechten Preis läßt immer einen

Erlaubte Aufschläge – Das Interesse

Neben der Gewinnbeteiligung sieht die abendländische Zinsentheorie noch weitere extrinsische Titel vor, die einen Aufschlag auf die Stammsumme rechtfertigen.³² So war das *Interesse* gestattet. Der Ausdruck stammt aus dem römischen Schadenersatzrecht und wird etwa in den Digesten³³ erwähnt. Der Terminus „id quod interest“ („das was dazwischenliegt“)³⁴ bezeichnet den vertragsrechtlichen Schadenersatz. Der Schuldner wird z.B. bei verspäteter Rückzahlung des Darlehens (lat. *mora*) schadenersatzpflichtig. Er schuldet nicht nur die Stammsumme, sondern zusätzlich einen Aufschlag, die Verzugszinsen oder eine im Vorhinein vereinbarte Konventionalstrafe (lat. „poena conventionalis“). Diese Form der Geldzinsen stellt keinen Verstoß gegen die Gerechtigkeit von Seiten des Gläubigers dar, weil der Schuldner seinen Teil der Abmachung nicht eingehalten hat und er den dem Gläubiger entstandenen Schaden zu ersetzen hat.

Den bedeutsamen Unterschied zwischen Zinsen (*usura*) und Interesse führt der Hl. Raymond Pennaforte aus: „*Interesse, id es non lucrum, sed vitatio damni*“³⁵ – „Das Interesse ist kein Gewinn, sondern die Vermeidung des Schadens.“ Das Interesse ist ein dem Darlehen extrinsischer Titel, der nur „per accidens“ auftritt und einen aufgetretenen Schaden kompensiert. Moralisch nicht gerechtfertigt ist die zur Umgehung des Zinsverbotes vorab geschlossene Vereinbarung der verspäteten Rückzahlung.

An dieser Stelle sei auf den bemerkenswerten Umstand hingewiesen, daß im Französischen („*intérêt*“) und Englischen („*interest*“) der heute übliche Begriff für Zinsen von „inter-esse“ abgeleitet wird, während im Deutschen („Zins“) und Spanischen („*el censo*“) diese Ableitung nicht gegeben ist, was womöglich mit der stärkeren Verbreitung des tendenziell zinsfreundlicheren Calvinismus in Frankreich und England zusammenhängt.³⁶ Die etymologische Wurzel des deutschen Begriffes Zins findet sich im lateinischen Nomen *census*, *us*, *m.*, das u.a. bedeutet „(Volks-)Zählung“, „Steuerliste“ und „Vermögen“. Der italienischen Begriff für Zinsen „*canone*“ dürfte auf „*canones*“ (dt. Richtschnur, Schilfrohr³⁷) zurückgehen.

Erlaubte Aufschläge – Das *damnum emergens* (und das *lucrum cessans*)

subjektiven Spielraum für situationsbedingte Zu- oder Abschläge zu. Als Richtmaß gilt der ortsübliche Marktpreis, die *communis aestimatio*.

³² Für eine Zusammenfassung

³³ Dig. 18. 1. 62. 1. Die Digesten wurden 533 n.Chr. von Kaiser Justinian für rechtsverbindlich erklärt und enthalten eine umfassende Sammlung des römischen Privat- und Strafrechtes.

³⁴ Auch: „dabei sein“, aber auch „räumlich dazwischenliegen“, „es macht einen Unterschied“, „es ist von Wichtigkeit“

³⁵ *Summa casuum conscientiae*, 2:7:2, Zitiert in: John T. Noonan, Jr.: *The Scholastic Analysis of Usury*. Harvard University Press, 1957, supra note 31, at 106.

³⁶ Siehe z.B. der euphorische Hymnus des aus einem presbyterianischen Haushalt stammenden Daniel Defoe „*An Essay upon Publick Credit*“ (in *History of Banking*, Vol. III), wo es u.a. heißt: And this is the Great Thing call'd CREDIT. CREDIT is a Consequence, not a Cause; the Effect of a Substance, not a Substance; 'tis the Sunshine; not the Sun; the quickning SOMETHING, Call it what you will, that gives Life to Trade, gives Being to the Branches, and Moisture to the Root; 'tis the Oil of the Wheel, the Marrow in the Bones, the Blood in the Veins, and the Spirits in the Heart of all the Negoce, Trade, Cash, and Commerce in the World. (S. 155).

³⁷ Der CIC verwendet für die Einteilung der Rechtsvorschriften nicht die sonst üblichen Begriffe des Paragraphen und des Artikels, sondern den Begriff des Kanons. Dieser Terminus leitet sich von griech. *kánna* („Rohr“, vgl. Kanal) und *kanon* „Richtscheit, Richtschnur, Regel, Vorschrift“ ab.

Einige weitere extrinsische Titel sind der Tradition bekannt.³⁸ Ihnen ist im Unterschied zu den Verzugszinsen die Möglichkeit einer Überdehnung eigen, die zur systematischen Umgehung des kanonischen Zinsverbotes gedeutet werden können. Allerdings hebt der Mißbrauch einer Sache ihren rechten Gebrauch nicht auf (lat. „Abusus non tollit usum“).

Ein weithin unbestrittener legitimer Titel ist das *damnum emergens*, der konkrete Vermögensschaden auf Seiten des Darlehensgebers, der beispielsweise entsteht, weil der Gläubiger unerwartet lebens- oder standesnotwendige Ausgabe zu tätigen hat und nur durch die Aufnahme eines wucherischen Überbrückungskredit die nötigen finanziellen Mittel aufbringen kann. Diese Kosten darf er auf seinen Schuldner überwälzen:

„Wer ein Darlehen gibt, kann ohne Sünde mit demjenigen, der das Darlehen nimmt, ein Entgelt für den Schaden vereinbaren, durch welchen ihm etwas entzogen wird, was er haben soll: das heißt nämlich nicht, den Gebrauch des Geldes verkaufen, sondern einen Schaden vermeiden. Und es kann sein, daß der Empfänger des Darlehens einem größeren Schaden entgeht, als ihn der Geber erleidet: weswegen der Darlehensnehmer mit Nutzen für sich den Schaden des anderen entgilt. — Eine Vergütung hingegen des Schadens, der daraus in Betracht kommt, daß er mit dem Geld keinen Gewinn macht, kann nicht in die Vereinbarung einbezogen werden: denn er darf nicht verkaufen, was er noch nicht besitzt, ...“³⁹

Deutlich problematischer ist der Titel des *lucrum cessans*, des fiktiven entgangenen Gewinns, der im letzten Satz des Zitates von Thomas von Aquin anklingt. Das *lucrum cessans* stellt einen Schaden in Rechnung, der zum Zeitpunkt der Kreditvergabe nicht vorhersehbar ist. Zu unterscheiden ist, ob der Darlehensgeber zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses tatsächlich eine alternative Investitionsmöglichkeit in greifbarer Nähe hatte und auf diese bewußt verzichtet, um den Darlehensnehmer eine für ihn oder gesellschaftlich wichtige Investition ermöglicht. Diesfalls entspricht der Aufschlag einer gerechtfertigten Entschädigung. Anders stellt sich die Situation dar, wenn nicht einmal eine innere Disposition zur eigenen Investitionstätigkeit gegeben ist. Denn dann würde der Darlehensgeber nicht auf eine eigene Gewinnmöglichkeit verzichten. Die Darlehenssumme würde ohne das Herantreten des Darlehensnehmers die Bargeldhaltung des Geldbesitzers erhöhen.

Die Überdehnung des *lucrum cessans* droht den Kern der Zinsenlehre vollständig zu entfernen, speziell zu Zeiten, in denen die standesgemäße Selbstbeschränkung dem ungezügelten Gewinnstreben weicht. Im Mittelalter war jeder angehalten, sich mit dem standesgemäßen Einkommen zu bescheiden. Niemand sollte mehr, aber auch nicht weniger besitzen als es seinem Stande entspricht. Mit der schleichenden Erosion des Ständegedankens durch die „uneingeschränkte Selbstsetzung des Gewinnstrebens,“⁴⁰ eine der unzähligen Definitionen von Kapitalismus, die das wesentliche

³⁸ Für eine ausführliche Übersicht der christlichen Position siehe: Karl Hörmann (Hg.): Lexikon der christlichen Moral. Innsbruck-Wien-München, 1976, Eintrag „Zuwachs“. Online: <http://stjosef.at/morallexikon/zuwachs.htm>.

³⁹ II. 2. q. 78, a. 2, ad 1.

⁴⁰ Friedrich Schreyvogel: Ausgewählte Schriften zur Staats- und Wirtschaftslehre des Thomas von Aquino. Gustav Fischer, Jena, 1923, S. 339.

Unterscheidungsmerkmal zwischen der alten Wirtschaftsordnung und dem neuen Wirtschaftssystem an der grundlegend anderen Verfaßtheit des Seelenlebens festmachen, wird der Titel des *lucrum cessans* bei einer oberflächlichen Betrachtung uneingeschränkt einsetzbar. Das permanente Schielen nach alternativen Verwendungsmöglichkeiten ist symptomatisch für die moderne Flüchtigkeit des ungebundenen und nach Gewinnmaximierung schielenden Kapitalisten (=Darlehensgeber).⁴¹

Ebenfalls gerechtfertigte Aufschläge waren jene Aufwendungen, die für die Anbahnung und Abwicklung des Darlehenvertrages anfielen, also für tatsächlich erfolgte Tätigkeiten. Unumstritten war ebenfalls der Risikoaufschlag für den Fall, daß der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtung nicht mehr nachkommen kann (lat. *periculum sortis*). Die Gefahr der Uneinbringlichkeit hängt direkt proportional mit der Menge an verfügbaren Krediten zusammen. Nachdem das Kreditangebot sowohl moralisch als auch institutionell bis ins 18. Jahrhundert stark beschränkt war, nahm dieser extrinsische Titel in den Debatten des Hoch- und Spätmittelalters keinen großen Raum ein. Erst mit dem Aufkommen des Teilreservebankensystems und der damit einhergehenden Flut an Zirkulationskrediten⁴² wurden Zahlungsausfälle zu einem weit verbreiteten Phänomen. Dies änderte den gesellschaftlichen Umgang mit Schuldnern grundlegend: „Vom Schuldturn zum Schulterlaß – das ist wahrlich ein radikaler Wandel im Rechtsempfinden. Es war nicht Menschenfreundlichkeit, die das Schuldrecht milderte, sondern die immer weiter ausgreifenden Fernwirkungen der Zwangsvollstreckung. Wäre man 1931 nach der geltenden Exekutionsordnung vorgegangen, so hätten 70% der Industriebetriebe und 35% der Bauernhöfe aufgelöst werden müssen; ...“⁴³

Der risikolose Zins

Das Konzept des risikolosen Zinses zählt zu den Standardkonzepten der modernen, zinsenbejahenden Ökonomie. Beispielhaft sei auf die Erörterungen von Murray N. Rothbard über die Berechnung des ökonomischen Profits verwiesen. In „Man, Economy, and State“ argumentiert Rothbard, daß ein Unternehmer mit einer Nettorendite von 2% bei einem Marktzinssatz von 5% zwar einen betriebswirtschaftlichen Gewinn eingefahren hat, ökonomisch jedoch einen Verlust erleidet, denn „he could have made a 5-percent net return anywhere on his capital, since this is the going interest return. He could have made it, say, investing in any other enterprise or in lending money to consumer-borrowers.“⁴⁴ Das Lehrbuch „Investments“⁴⁵ definiert den risikofreien Zinssatz als den Zinssatz „that can

⁴¹ Siehe die aufschlußreiche Darstellung der monetären Opportunitätskosten in: Murray Rothbard: Man, Economy, and the State, Scholar's Edition. Ludwig-von-Mises-Institut, 2004 [1962], S. 606f.) Die Unberechenbarkeit und Treulosigkeit des fortwährend nach alternativen Anlagemöglichkeiten schielenden Investors bzw. Kapitalisten steht im offenen Widerspruch zu dem für die nachhaltige Wohlstandsmehrung nötigen Mindestmaß an Beständigkeit und Berechenbarkeit.

⁴² Das Teilreservebankensystem bläht die in einer Wirtschaft verfügbare Kreditmenge immens aus. Durchaus treffend definiert Honegger daher Kapitalismus als „die Wirtschaft der entfalteten Kreditunsicherheit,“ (Hans Honegger: Der schöpferische Kredit. Gustav Fischer, Jena, 1929, S. 111) vor allem, wenn man sie mit Schumpeters Definition kombiniert: „Capitalism is that form of private property economy in which innovations are carried out by means of borrowed money, which in general, though not by logical necessity, implies credit creation ... Therefore, we shall date Capitalism as far back as the element of credit creation.“ (Joseph A. Schumpeter: Business Cycles, New York/London 1939, vol. I., S. 223f.)

⁴³ Josef Dobretsberger: Das Geld im Wandel der Wirtschaft, Francke, Bern 1946, S. 119.

⁴⁴ Ibid. S. 513 sowie an oben genannter Stelle.

⁴⁵ Zvi Bodie, Alex Kane, Alan J. Marcus: Investments. 6. ed. McGraw-Hill, 2005, S. 1057 (Glossar).

be earned with certainty“, wobei normalerweise der Zinssatz auf kurzfristige Staatsanleihen, deren Ausfallsrisiko gemeinhin als sehr gering bis nicht-existent eingeschätzt wird, als Orientierungswert genommen wird.

Auf den unternehmerischen Alltag hat die allgemeine Erlaubtheit des risikolosen Zinses signifikante Auswirkungen. Investitionen werden nur dann getätigt, sofern die erwartete Nettoverzinsung des eingesetzten Kapitals über dem risikolosen Zins, den Opportunitätskosten, liegt. Eine Folge dieser Erwartungshaltung ist jedoch die zunehmende Bevorzugung des Fremdkapitals gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung. Zum einen werden die Sparer dazu verleitet statt ihre Ersparnisse in das eigene Unternehmen zu investieren, es den Banken für ihr Versprechen eines risikolosen Zinses auf ihre Sicht, Spar- und Termineinlagen zu übergeben. Die Unternehmer, insbesondere aber die von Managern geführten Unternehmen beginnen das nun reichlich zur Verfügung stehende Fremdkapital aufzunehmen. Das Fremdkapital verlangt nur Zinsen, während das Eigenkapital zusätzlich eine Gewinnbeteiligung fordert und in der Geschäftsführung mitreden möchte. Und je niedriger die Eigenkapitalquote eines Unternehmens ist, desto höher ist *ceteris paribus* die Rendite auf das Eigenkapital.

Die allgemeine Zinsenerlaubnis verändert somit die Wirtschaftsstruktur weg vom innenfinanzierten, organischen Wachstum aus eigenen Gewinnrücklagen hin zu fremdkapitalfinanzierten Großunternehmen, weg von Eigentümer geführten Klein- und Mittelbetrieben hin zu von Managern geführten Großunternehmen mit beschränkter Haftung,⁴⁶ weg von der persönlichen Haftung hin zur gesellschaftlichen Kollektivhaftung.

Das *depositum irregulare* und das Teilreservebankensystem

Für die klassische Zinsenverbotstheorie war das verzinste *depositum*, die Zinsenzahlung auf täglich fällige Einlagen, ein unbekanntes Phänomen. Dies hängt ursächlich damit zusammen, daß das Bankgeschäft erst im Ausgang des Mittelalters merklich anhub. Die merkwürdige Figur des *depositum irregulare* (dt. uneigentliche Verwahrung) war hingegen schon den Griechen und Römern bekannt, allerdings nicht namentlich. Merkwürdig am *depositum irregulare* ist der Umstand, daß bei einer offenen Hinterlegung der Münzen – im Unterschied zur geschlossenen Verwahrung in Münzbeuteln – es dem Verwahrer gestattet wurde, die hinterlegten Münzen gewinnbringend einzusetzen, obschon wie bei einem gewöhnlichen Verwahrungsvertrag der Verwahrer jederzeit mit der Rückforderung der hinterlegten Münzen durch den Hinterleger zu rechnen hat. Allerdings ging beim *depositum irregulare* im Unterschied zum gewöhnlichen *depositum* durch die Vermischung der offen verwahrten Gelder das Eigentum auf den Verwahrer über so wie heute bei der Sichteinlage. Damals wie heute wandelt sich durch die Sammelverwahrung das Rechtsverhältnis zwischen dem Hinterleger und Verwahrer. Hat der Hinterleger beim *depositum* einen sachenrechtlichen Anspruch auf die Herausgabe der hinterlegten Sache, ist er bei einem *depositum irregulare* wie bei einem *mutuum* schuldrechtlicher Gläubiger. Kann der Schuldner seine Verbindlichkeiten nicht vollumfänglich bedienen, müssen sich die Gläubiger mit einer Quote zufrieden geben.

⁴⁶ Die Losgrößentransformation, d.h. die Umwandlung vieler kleiner Ersparnisse in große Kreditsummen, ist eine der zentralen Aufgaben, die den modernen Geschäftsbanken zugeschrieben wird. Diese Zentralisierung der Ersparnisse war und ist wirtschaftspolitisch gewollt.

Die Beliebtheit des *depositum irregulare* im römischen Recht begründet sich in der Möglichkeit, bei diesem Vertragstypus die Zahlung von Zinsen vertraglich zu vereinbaren bzw. leichter einzuklagen. Die strengen Formalvorschriften des römischen Rechtes ließen es bei einem *mutuum* nämlich unter keinen Umständen zu, mehr als die Stammsumme einzuklagen. Konnte der Verwahrer/Gläubiger die Münzen nicht sofort und auf Verlangen dem Hinterleger auszahlen, so mußte er Schadenersatz in Form von Verzugszinsen leisten.⁴⁷

Damals wie heute führt das *depositum irregulare* bzw. das Teilreservebankensystem zu der dauerhaft unhaltbaren Mehrfacheigentümerschaft jeder Geldeinheit. Anstatt, wie es Aufgabe des Rechtes ist, klare und gerechte Verhältnisse zu schaffen nährt das *depositum irregulare* die illusionäre Vorstellung, daß zwei (oder mehr) Personen gleichzeitig rechtmäßige Eigentümer einer Sache sein können. Über kurz oder lang löst sich dieses Trugbild entweder in einem deflationären bank-run auf, der die Mehrfachvergabe der hinterlegten Gelder dahingehend offenbar werden läßt, daß die zu spät Kommenden ihre Einlagen nicht mehr in Bargeld einlösen können und ihrer Einlagen vollkommen abschreiben müssen, oder in einer allgemeinen deflationären Auflösung der Bankeinlagen durch einen Schuldenschnitt, bei dem die Einleger als Gläubiger der Bank mit einer meist äußerst niedrigen Quote befriedigt werden oder in einer inflationären Bereitstellung der bislang real nicht existierenden Banknoten.

Im gegenwärtigen Bankensystem ist somit zweierlei wucherisch; zum einen die von den Einlegern geforderten Zinsen auf eine Spareinlage und *a fortiori* auf die Sichteinlage.⁴⁸ Speziell die oft vernommene Äußerung, das Geld deswegen auf die Bank zu legen, weil es dort zumindest Zinsen „verdient“, ist wucherisch. Wie oben ausgeführt fehlt dem Hinterleger in jedem Fall bzw. dem Sparer im konkreten Einzelfall die eigene Investitionsabsicht, die zur Berufung auf das *lucrum cessans* unerlässlich ist. Zum anderen ist das Verleihen der Sicht- und Spareinlagen gegen Zinsen als wucherisch einzustufen. Und weil die Erzielung eines Gewinns aus einem Darlehen (lat. *lucrum ex mutuo*) als ungerechte Zinsennahme verworfen werden muß, so gilt dies umso mehr, wenn wie heute üblich die Geschäftsbanken infolge der Teilreservehaltung mit aus dem Nichts geschöpften Krediten zusätzliche Zinseneinnahmen lukrieren können. Analog gilt diese Argumentation für die monopolistischen Geldproduzenten der Gegenwart im engeren und eigentlichen Sinn, für die Zentralbanken. Diese stellen den Geschäftsbanken gegen die Bezahlung des Leitzinses zusätzliches Zentralbankgeld zur Verfügung, das ebenfalls aus dem Nichts geschöpft. Als „Deckung“ akzeptiert die Zentralbank für dieses zeitlich begrenzte Geschäft als Sicherheiten ihrerseits Forderungen, die im Normalfall aus Staatsanleihen bestehen.

⁴⁷ Für eine vertiefende Analyse siehe: Hannu Tapani Klami: *Mutua magis videtur quam deposita*. Commentationes Humanarum Litterarum, Helsinki 1969. Sowie die ersten drei Kapitel von: Jesus H. de Soto: *Money, Bank Credit and Economic Cycles*. Ludwig-von-Mises-Institute, 2006.

⁴⁸ William von Auxerre definiert den Wucher als „the will to acquire something above the principal of a loan.“ Zitiert in: Odd Langholm: *Economics in the Medieval Schools*. E.J.Brill. Leiden/New York/Köln, 1992, S.77. Verallgemeinernd: „What was not challenged, however, was intention – the sinful hope of profit was still what made an action usurious.“ Diana Wood: *Medieval Economic Thought*. Cambridge University Press, 2002, p. 182.

Es bestehen einige gute Gründe, das *depositum irregulare* als Vorläufer des heutigen Teilreservebankensystems zu bezeichnen, sozusagen als die institutionalisierte und allgemeine Form des *depositum irregulare*, das es den Geschäftsbanken gestattet, den Großteil der täglich fälligen Kundeneinlagen zu eigenen Zwecken zu verwenden. Die regelmäßige Verzinsung der Giroguthaben ist mit dem Verwahrungsvertrag nicht in Einklang zu bringen. Die Geschäftsbank bietet dem Kunden die Dienstleistung der Verwahrung an, wofür sie legitimerweise ein Entgelt verlangen darf. Die Hinterlegung in einem Schließfach oder die entgeltliche Verwahrung auf einem Girokonto bei Volldeckung der Sichteinlage ist die ordnungsgemäße Form des Hinterlegungsgeschäftes. Die ordnungswidrige Form ist das verzinste Giro- oder Kontokorrentkonto bei gleichzeitiger Teildeckung der Sichteinlage.

Doch darf man nicht verschweigen, daß das Teilreservebankensystem in Kombination mit dem ungedeckten und damit beliebig vermehrbaren Zentralbankgeld mit seinen regelmäßigen Zinsenzahlungen auf Sicht- wie Spareinlagen die allgemeine Erwartungshaltung auf ein arbeits- und risikoloses Zinseneinkommen bedient. Nur das Teilreservebankensystem ist in der Lage, dieser von der Tradition als wucherisch bezeichneten Forderung zu entsprechen. Eine ständig wachsende Kreditmenge ist bei einer weit verbreitenden wucherischen Haltung zu erwarten. Zumindest wird sich der Widerstand gegen ein Bankensystem, das Zinsen auf Sicht- und Spareinlagen anbietet, in engen Grenzen halten.⁴⁹ Dempsey charakterisiert das moderne Bankensystem daher zu Recht als „systematic or institutional usury.“⁵⁰

Zusammenfassung

„Quidquid sorti accedit, usura est“ – „Wucher ist, was immer zur Stammsumme hinzutritt“ und „Usura solum in mutuo cadit“ – „Der Zinsenwucher ist nur im Darlehen angesiedelt.“ (Hl. Bernhardin von Siena⁵¹). Diese beiden Formeln fassen die abendländische Zinsenlehre in knappster Form zusammen. Dort wo sich Geld hingegen in spezifischer Verwendung in Kapital wandelt und in den Aufbau von Kapitalgütern fließt, kann Geld fruchtbar werden, wie der Hl. Antonin von Florenz festhält: „Pecunia in mercatoribus – verum capitale!“ In diesem Fall ist ein Aufschlag auf die investierte Summe moralisch gerechtfertigt – der Zins *vi societatis*. Er ist der Lohn für die Risikoübernahme und die Mitwirkung an der Umsetzung einer Geschäftsidee. Anspruch auf den Lohn hat der (Mit-)Unternehmer allerdings nur, wenn die Unternehmung einen Gewinn abwirft. Demgegenüber verurteilt die

⁴⁹ Bei dieser Betrachtung eröffnet sich eine bemerkenswerte Parallelität zwischen dem Teilreservebankier, dem Sichteinleger (und mit unbedeutenden Einschränkung dem Sparer), dem Hängematten-Sozialbeihilfebezieher und dem Kreditnehmer für unnötige Konsumzwecke. Die vier Genannten konsumieren Güter ohne eine entsprechende Gegenleistung geleistet zu haben.

⁵⁰ Bernard W. Dempsey: *Interest and Usury*. Dennis Dobson, London, 1948, S. 225, sowie S. 207.

⁵¹ Zitiert in: Raymond de Roover: *San Bernandino and Sant'Antonio*. Baker Library, Boston, Ma., 1967, S. 142. Der Begriff ist im Germanischen genauso wie der Begriff der Usura im römischen Recht nicht negativ besetzt: Das Wort „Wucher“ stammt ab vom Gotischen *vigan*, althochdeutsch *wacharôn*, was soviel bedeutet wie bewegen, erregen, wägen. Im Althochdeutschen heißt fruchtbar *wucharhaft* und der Wucher bezeichnet zunächst den erlaubten Gewinn. Erst mit dem Vordringen des Christentums erhält Wucher Bedeutung des unerlaubten Gewinns. Siehe: Max Neumann: *Die Geschichte des Wuchers in Deutschland*. Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses. Halle, 1865, S.53ff. In der Redeweise „mit seinen Talenten wuchern“ hat die ursprüngliche Bedeutung überlebt. Ein Wucherpreis ist demnach ein die Tauschgerechtigkeit verletzender Preis.

abendländische Tradition die Zinsennahme auf die bloße Bereitstellung von Ersparnissen als Verletzung der Gerechtigkeit – den Zins *vi mutui*. Der zinsfordernde Darlehensgeber beansprucht für sich einen Teil des Ertrages ohne an dessen Erwirtschaftung aktiv mitgewirkt zu haben. Nicht die Darleihe einer Sache begründet den Anspruch auf Zinsen, sondern ausschließlich der Arbeitsaufwand und die Risikoübernahme. Der nichts außer seinem Kapital beitragende Kapitalist hat folglich nur Anspruch auf die volle Rückerstattung der Stammsumme. Fordert er mehr, bereichert er sich an der Arbeitsleistung des Schuldners. Demnach wären Zinsenzahlungen als die Gesamtschuld mindernde Rückzahlungsleistung des Schuldners zu betrachten.

Hinsichtlich der moralischen und rechtlichen Erlaubtheit von unterschiedlichen Einnahmequellen ergibt sich somit folgendes: Zinsen und Wucher bezeichnen ein ungerechtes Einkommen. Zinsen sind der Aufschlag auf die Stammsumme eines Darlehens kraft und vermöge des Darlehens, Wucher jede Form des überzogenen Verkaufspreises. Das Interesse umfaßt jene extrinsischen Titel, die einen Aufschlag auf die Stammsumme rechtfertigen, um einen Schaden zu kompensieren. Der unternehmerische Gewinn, mitunter Zins *vi societatis* genannt, ist schließlich innerhalb des moralisch Gebotenen und rechtlich Erlaubten, ebenfalls statthaft.